

2009 – ein bewegtes Jahr

Das Jahr 2009 war ein Jahr mit vielen Streiks und Demonstrationen. Streiks gab es quer über alle Branchen – Tarifrunde der Länder, Streik der LehrerInnen und die wochenlangen Aktionen der ErzieherInnen in den Kitas, Arbeitskampf der Gebäudereiniger, dazu zahlreiche betriebliche Streiks und Aktionen z. B. Continental, Federal Mogul, Mahle, Eberspächer, Daimler, KBA MetalPrint, Index ... 2009 fanden die ersten großen Demos und Kundgebungen nach Beginn der Krise gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf unseren Rücken statt. SchülerInnen und StudentInnen organisierten breite Bildungstreiks und –demos bis hin zu dutzenden von Uni-Besetzungen. Die Bewegungen gegen Atomkraft und gegen die Einschränkung demokratischer Rechte meldeten sich mit großen Demos zurück, die Friedensbewegung machte gegen NATO und Afghanistankrieg Aktionen und Demos. Alles in Allem ein bewegtes, lebendiges, kämpferisches Jahr.

Gewerkschaften wohin?

In vielen betrieblichen Kämpfen haben sich Belegschaften gegen Arbeitsplatzvernichtung und Betriebsschließungen gewehrt. Doch mehrheitlich stand am Ende der Auseinandersetzung die mehr oder weniger „sozialverträgliche“ Vernichtung von Arbeitsplätzen. In vielen Fällen hat sich das Co-Management – das Bündnis mit den „eigenen“ Konzernherren zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten anderer Belegschaften – eher verstärkt. Symbolisiert wurde dies durch den öffentlichen Schulterchluss des IG-Metall-Vorsitzenden Berthold Huber mit der nicht gerade als Gewerkschaftsfreundin bekannten Elisabeth Schaeffler.

Die Chance, die verschiedenen Auseinandersetzungen zusammenzuführen und der Gewerkschaft damit insgesamt eine größere Schlagkraft zu verschaffen, blieb ungenutzt. Auf gewerkschaftlicher Ebene muss die Zusammenführung der betrieblichen Kämpfe zu gemeinsamen Streikaktionen in 2010 gelingen. Es bedarf einer Abkehr vom „sozialverträglichen“ Abbau, hin zum Kampf um jeden Arbeitsplatz – notfalls durch Besetzung von Betrieben.

einmal solidarisch sein mit den KollegInnen anderer Standorte oder Firmen. Wer akzeptiert, dass Profiteure machen notwendig ist, kann die Arbeitsplatzvernichtung nicht erfolgreich bekämpfen. Deshalb wird entscheidend sein, ob es gelingt, sich von der Sozialpartnerschaft und dem Standortdenken zu verabschieden, für gemeinsame Ziele zu kämpfen wie z.B. für Verkürzung der Arbeitszeiten und Alternativen zum Kapitalismus unter den Beschäftigten und in den Gewerkschaften zu etablieren.



breites kämpferisches Bündnis gegen die schwarz-gelben Pläne

Entscheidend wird auch sein, ob es gelingt, gegen die Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung ein breites kämpferisches Bündnis von Gewerkschaften, betrieblichen, sozialen, demokratischen, ökologischen, kommunalen Protestgruppen, Friedens- und Bildungsbewegung zu schmieden. „Auf breiter Front“ werde man gegen die Gesundheitspläne der Regierung mobil machen, kündigte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer Anfang Januar an. Mit Krankenkassen, Sozialverbänden und anderen Organisationen bilde man derzeit Bündnisse gegen die „Zwei- bis Drei-Klassen-Medizin“. Nehmen wir Sommer beim Wort. Drücken wir ihn in die angekündigte „breite Front“ – und nicht nur gegen die Gesundheitspläne – auch gegen alle anderen Angriffe auf die Werktätigen.

Am 20. März werden die nächsten Aktionen vom bundesweiten Krisenbündnis organisiert.

Mobilisieren wir breit in den Gewerkschaften darauf.

Sekretariat der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinker

2010 – Jahr der Entscheidungen

2010 wird für die Gewerkschaften ein Jahr der Entscheidungen: Wollen sie weiter der längst verlorenen „Sozialpartnerschaft“ mit dem Kapital nachlaufen oder auf kollektive Gegenwehr setzen? Die Kampfbereitschaft der Belegschaften ist – das hat sich 2009 immer wieder gezeigt – in vielen Fällen vorhanden. Doch um diese zu nutzen, ist eine andere Politik notwendig. Wer meint, dass der „eigene“ Standort gegen die Konkurrenz verteidigt und gestärkt werden muss, kann nicht zu ernsthaftem Widerstand mobilisieren, kann keine Erfolge durchsetzen, kann nicht

Führung der IG-Metall in der Krise auf Abwegen! – Verzicht als gewerkschaftliches Ziel?

Wie in der Novemberausgabe des Netzwerk-Infos dokumentiert, machte sich der IG-Metall Vorsitzende Huber mit seinem Vorschlag von Mitte November, in der Tarifrunde für die Metall und Elektroindustrie 2010 die „Sicherung von Arbeitsplätzen“ dem Ziel einer kräftigen Entgelterhöhung für alle entgegenzustellen, erneut zu einem (neben der IG-BCE) Vorreiter der verschärften Anpassung an das Standortdenken in der bundesrepublikanischen Gewerkschaftslandschaft.

Inzwischen haben sich auch einige IG-Metall Bezirksleiter mit **Konkretisierungen dieses Verzichtsvorhabens** gemeldet.

- Der baden - württembergische Bezirksleiter **Jörg Hofmann** schlägt vor „für Betriebe in Not“ die Arbeitszeit vorübergehend auf 28 Std. zu verkürzen. Dabei sollen für einen Teil der wegfallenden Stunden 25 % des Lohns weiterbezahlt werden. Dieser Betrag soll aber von Steuern und Sozialabgaben befreit werden. Wenn der Staat da nicht mitmache, solle halt die BA einspringen und die Sozialabgaben übernehmen.

- **Werner Neugebauer** (Bez. Leiter Bayern) will „Jobpakete für sichere Beschäftigung und Einkommen“ schnüren, um „Beschäftigung zu erhalten“. Würden keine weiteren „Instrumente“ zur Beschäftigungssicherung entwickelt, würden allein in Bayern 80 bis 100 tausend Arbeitsplätze gefährdet.

- **Oliver Burkhardt** (Bez. Leiter NRW) will auch „Jobpakete“, in denen z.B. eine bessere Übernahme von Auszubildenden und eine stärkere Anhebung des Lohns bei Kurzarbeit geregelt werden sollen.

- Ein wenig aus der Reihe scheint der Bezirksleiter **Armin Schild** (Hessen / Rheinland-Pfalz / Saarland) zu tanzen, denn er fordert zumindest eine „die Nachfrage steigernde Lohnpolitik“. Allerdings schert er gleich wieder auf die Huber/Hofmann Linie ein, wenn er u.a. „Beschäftigungssicherung durch faire Arbeitszeitverteilung“ fordert. Letzteres ist das Motto, unter das die IG-Metall die Diskussion zur Tarifrunde 2010 gestellt hat.

- Vollends deutlich macht dies **Hartmut Meine** (Bez. Leiter Niedersachsen/Sachsen-Anhalt) mit seinem Vorschlag: „Wenn's brummt, gib'ts mehr Geld. Wenn's knirscht, gib'ts Beschäftigungssicherung“. Neben einer „moderaten prozentualen Tarifforderung“ ist auch er für die inzwischen bekannte „Beschäftigungssicherung“.

Interessen der Belegschaften berücksichtigen

Dies sind nur einige der Vorschläge, die aus den oberen IGM-Etagen für die Tarifrunde 2010 gemacht werden. Hauptsache, die Entgeltforderung bleibe „moderat“ (oder bei Null) und die Metallindustrie wird erneut massiv entlastet.

Deutlich wird, die oberen Etagen der IG-Metall wollten gar nicht abwarten, welche eigenen und evtl. andere Forderungen aus der gewerkschaftlichen Basis kommen.

Durch massive Vorgaben der Gewerkschaftsführung wird versucht, die Willensbildung der Basis in die Richtung der Akzeptierung des weiteren Verzichts zu beeinflussen.

Radikale Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich

Die wirklichen Interessen der Belegschaften spielen im Kalkül dieser Gewerkschaftsbürokraten keine Rolle mehr. Denn welche Kollegin, welcher Kollege will unter der Voraussetzung eines Teil- oder ganzen Lohnverzichts für eine solche radikale Arbeitszeitverkürzung (AZV) kämpfen? Denn eine AZV auf 28 Std. wäre zwar tatsächlich eine radikale AZV - aber die KollegInnen und die SteuerzahlerInnen sollen statt des Kapitals die Kosten dafür tragen.

Neben der Tatsache, dass die IG-Metall Führung mit solchen Vorschlägen die gerade neu aufkeimende Diskussion über eine radikale AZV – mit der Forderung nach einem vollen Entgelt- und Personalausgleich, den Wind aus den Segeln nehmen will, wird mit all diesen Vorschlägen dem „Verzicht“

als gewerkschaftliches Prinzip geradezu das Wort geredet. **Als ob mit Verzicht die Krise überwunden und/oder Arbeitsplatzabbau verhindert werden könnte.**

Die IG-Metall Führung setzt immer **neue Akzente**, alles einvernehmlich mit dem Kapital zu regeln. Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung offensiver gewerkschaftlicher Forderungen sollen möglichst vermieden werden. Sie könnten die traute Zusammenarbeit zwischen Lohnarbeit und Kapital zur Erhaltung und Verbesserung des Standortes Deutschland in der internationalen Konkurrenz nur stören.

Die Gegenseite klopft sich über den Kurs der IG-Metallführung sicher vor Vergnügen auf die Schenkel!

Notwendig ist aber etwas völlig anderes

1. Eine **saftige Entgeltforderung** - am Besten eine hohe **Festgeldforderung!**

Denn, gerade unter den heutigen Umständen, wo der Staat versuchen wird, die hohe Staatsverschuldung durch eine weitere Umverteilungsrunde von unten nach oben zu minimieren, ist eine anständige Entgelterhöhung absolut nicht „unredlich“, wie Huber uns einzureden versucht!

2. Wir müssen alle Forderungen seitens Regierung und Kapital nach **weiteren Arbeitszeitverkürzungen** und zum Teil Arbeitszeitverlängerungen, jeweils **ohne Lohnausgleich zurückweisen**, und alle ähnlichen Vorschläge seitens der IG-Metall Führung in dieser Richtung ablehnen!

3. Stattdessen müssen wir die Forderung nach einer radikalen **AZV bei vollem Entgelt- und Personalausgleich** als einziges Mittel zur Eindämmung der Massenarbeitslosigkeit ohne erneuten und weiteren Verzicht in die Tarifforderungsdiskussion für 2010 einbringen. Akut besteht die große Gefahr, dass die Forderung nach einer radikalen wöchentlichen AZV durch die Vorschläge a la Hoffmann und Co. in den Augen der KollegInnen für Jahre quasi „verbrannt“ wird. Aktive und linke GewerkschafterInnen sollten alles dafür tun, dies zu verhindern.

4. Die **Laufzeit des Tarifvertrages** darf nur **12 Monate** betragen. Seit mehreren Jahren hat sich eine längere Laufzeit (zwischen 1½ und 2½ Jahren) eingebürgert, mit der Folge, dass die IG-Metall auf aktuelle Entwicklungen nur verspätet reagieren kann. Von Seiten der IG-Metall Führung wird dies auch noch als sinnvoll für die „Planungssicherheit der Betriebe und Konzerne“ angepriesen. Dass die KollegInnen diese Planungssicherheit nicht haben, wird gar nicht mehr als wichtig gesehen. Darüber hinaus, entfällt in dieser „Modernisierung“ der Tarifpolitik die zunehmend als lästig empfundene Pflicht von Seiten des IGM-Vorstandes, dafür zu sorgen, dass die IG-Metall kampfbereit ist.

5. Selbstverständlich müssen wir uns im Rahmen der Tarifrunde dafür einsetzen, dass ein Tarifvertrag abgeschlossen wird, der eine **weitere Verbetrieblung und Aushöhlung des Flächentarifes verhindert**. Darum treten wir für einen Tarifvertrag ein, der **nicht** auf angebliche oder auch wirkliche „Notlagen“ einzelner Betriebe eingeht. Nur die Durchsetzung eines für alle gültigen Tarifvertrages, kann der Aufsplitterung und den Verbetrieblungstendenzen in den Tarifverträgen Einhalt gebieten.

Christiaan Boissevain (Münchner Gewerkschaftslinker, Arbeitsausschuss der Gewerkschaftslinken)

Tarifrunde Öffentlicher Dienst – Wer zahlt die Zeche der Krise?

Die voraussichtlich wichtigste Tarifaueinandersetzung des Jahres 2010 hat begonnen. Die Einkommens-tarifverträge für die rund 2,1 Millionen Beschäftigten bei Bund und Kommunen sind zum Jahreswechsel ausgelaufen. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Beamtenbund gingen mit einer Forderung von 5% mehr Geld in die am 13. Januar begonnenen Verhandlungen.

Damit bleibt die Bundesweite Tarifkommission **deutlich unter den Forderungen**, die in Betrieben und Landesbezirken diskutiert wurden. So hatte beispielsweise ver.di **Hessen** 7%, mindestens aber 200 € mehr gefordert. **Baden-Württemberg** 5%, mindestens aber 150 € mehr. Positiv an diesen Forderungen ist, dass sie einen **Mindestbetrag** enthalten, denn dieser nützt den unteren Entgeltgruppen, die es am dringlichsten brauchen. In der Tarifrunde 2008 war ein Mindestbetrag von 200 € bundesweit gefordert worden. Es ist ein Rückschritt, dass dieses Jahr kein Mindestbetrag in die bundesweite Forderung aufgenommen wurde.

Auch den Vorschlag aus Baden-Württemberg, in der Tarifrunde für die **Verkürzung der Arbeitszeiten in Form zusätzlicher freier Tage** einzutreten, hat die Kommission nicht aufgegriffen. Hinzu kommen die Auswirkungen des neuen Tarifvertrags TVÖD. Statt der versprochenen „Jahrhundertreform“ bedeutet dieser für verschiedene Beschäftigten-gruppen mehr oder weniger



drastische Gehaltskürzungen. Einen Teil der TVÖD-Folgen will ver.di in dieser Tarifrunde ausbügeln. So sollen die Bewährungsaufstiege aus dem alten Tarifvertrag BAT wieder in Kraft gesetzt werden. Die Verhandlungsführer von ver.di hatten diese bei Unterzeichnung des TVÖD im Jahr 2005 in Vertrauen auf die baldige Einführung eines neuen Eingruppierungssystems ausgesetzt. Doch dieses gibt es bis heute nicht.

Abschaffung des Leistungslohns

In eine ganz andere Richtung will naturgemäß die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA). Diese hatte zuletzt die Ausweitung der „leistungsbezogenen“ Entgelte, die derzeit 1% des Monatseinkommens ausmachen, zum „Muss“ im anstehenden Tarifkonflikt erklärt. Dem will ver.di Baden-Württemberg die Forderung nach Abschaffung des „Leistungslohns“ und dessen Auszahlung an alle Beschäftigten entgegenstellen.

Wer zahlt die Zeche?

Die diesjährige Tarifrunde steht unter einem sehr speziellen Vorzeichen. Denn es geht nicht nur darum, ein angemessenes Lohnplus für die KollegInnen durchzusetzen. Sondern es geht um die Frage, wer die Zeche für die verbrecherischen Zockereien auf dem Finanzmarkt und für die Geschenke der Bundesregierung an die Reichen zahlen soll. „Wir zahlen nicht für eure Krise“, dies war das Motto der großen Sozialproteste im vergangenen Jahr. Ver.di hat jetzt die Aufgabe, diese Losung wahr werden zu lassen.

Die Realisierung der gewerkschaftlichen Forderung nach 5% mehr Gehalt würde zu jährlichen Mehrausgaben von 5 Mrd € führen. Das entspricht exakt der Summe, die der Bund für die Abwrackprämie aus dem Fenster geworfen hat. Oder 1% der Steuergelder, die für den „Bankenrettungsschirm“ bereitgestellt bzw. 5% jener Mittel, die zur Rettung der Hypo Real Estate aufgewendet wurden. Und die von der schwarz-gelben Regierung bereits beschlossenen Steuergeschenke würden ausreichen, die geforderte Lohnerhöhung mehrere Jahre finanzieren zu können.

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske kündigte eine harte Lohnrunde an. Nehmen wir ihn beim Wort.

Fünf Jahre Hartz IV sind fünf Jahre Armut und Ausgrenzung per Gesetz

Seit dem 1. Januar 2005 ist Hartz IV in Kraft. Es wurde durch die rot-grüne Koalition mit den Stimmen von Union und FDP eingeführt. Trotz anderslautender Versprechen ist die Zahl, der in bitterer Armut verweilenden Hartz-IV-Bezieher seit 2005 konstant bei ca. sieben Millionen Menschen geblieben, darunter 1,67 Millionen Kinder.

Hartz IV bedeutet **Armut und Mangelernährung** für Millionen Menschen. Das Niveau von Hartz IV liegt weit unterhalb der Armutsgrenze. Keine 4 Euro pro Tag für Essen und Trinken – das ist menschenunwürdig. Kinder und Jugendliche sind die Hauptverlierer, denn ihnen wurde bewusst der täglicher Ernährungsbedarf reduziert, die Mittel für Bildung ganz gestrichen und die Teilhabe an Kultur, Sport und Freizeit praktisch unmöglich gemacht wurde.

Hartz IV bedeutet **Ausgrenzung**. Sozialleistungen werden bei mangelndem Wohlverhalten gekürzt bzw. gänzlich versagt. So wurden im Jahr 2008 rund 789.000 Sanktionen ausgesprochen. Lehnen Arbeitslose eine im Rahmen der Zumutbarkeitsklausel angebotene Tätigkeit ab, droht ihnen eine abgestufte Kürzung gewährter Leistungen. Als zumutbar gelten alle Tätigkeiten, deren Lohn nicht mehr als 30 Prozent unter dem ortsüblichen Niveau liegt. So landen immer mehr Hartz-IV-Bezieher im Niedriglohnsektor.

Mit Hartz IV ist die Ausweitung des **Niedriglohnsektors** gewaltig vorangeschritten und in Europa ohne Beispiel. Über 7 Mio. Menschen arbeiten mittlerweile im Niedriglohnbereich.

Die bestehenden **Zumutbarkeitsregelungen** und die grundrechtswidrigen Sanktionen erzeugen sowohl auf die Leistungsbeziehenden als auch auf die Erwerbstätigen einen großen Druck, jeden auch noch so miserablen Job anzunehmen bzw. zu behalten. Die Bereitschaft, auch schlechte Jobs anzunehmen, ist erheblich gestiegen.

Alles in Allem: **Hartz IV hat entscheidend zur radikalen Verschlechterung der sozialen und grundrechtlichen Situation in Deutschland beigetragen.** Statt Verbesserungen am Arbeitsmarkt gibt es die flächendeckende »Vertafelung« der Bundesrepublik und Heerscharen von Flaschensammlern. Daher gilt:

Hartz IV muss weg - ohne Wenn und Aber.

Mittelfristiges Ziel ist, **Arbeitslosengeld I** für unbegrenzte Zeit zu erhalten, die Hartz-Gesetze, insbesondere Hartz IV abzuschaffen und durch ein **existenzsicherndes System der sozialen repressionsfreien Grundversorgung** abzulösen. Kurzfristig müssen wir eine **Verlängerung vom ALG I auf 3 Jahre** durchzusetzen, sowie eine **Aufstockung von ALG II auf 500 Euro + Warmmiete** und der **Abschaffung** der damit verbundenen **Repressionen und Zumutbarkeiten**.

Arbeitszeitverkürzung am Internationalen Frauentag 2010 thematisieren

Der Internationale Frauentag wird am 8. März 2010 zum 100. Mal begangen. Er wird somit 99 Jahre alt. Er wurde auf der 2. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz 1910 in Kopenhagen beschlossen. Als historische Wurzeln für die Entstehung des IFT gelten die Proteste der New Yorker Tabak- und Textilarbeiterinnen, die am 8. März 1908 in den Streik traten. Ihre zentralen Forderungen damals waren u.a. gleicher Lohn für gleiche Arbeit und der Kampf für Arbeitszeitverkürzung – für den 8-Stundentag. Auch damals war in den USA eine Wirtschafts- und Bankenkrise. Und die Arbeiterinnen sind für den 8-Stundentag in den Streik getreten.

1984 hatten wir in der Arbeitszeitpolitik die letzte erfolgreiche tarifpolitische bundesweite Auseinandersetzung – in der Metall- und Druckindustrie. Eine nicht durchgesetzte Arbeitszeitverkürzung heißt, dass es keine Verknappung der Ware Arbeitskraft gibt, und dann sinkt automatisch ihr Preis. Oder anders ausgedrückt: Die durch die nicht erfolgte Verkürzung der Arbeitszeiten stark gestiegene Massenarbeitslosigkeit übt enormen Druck auf Löhne und Gehälter aus. Und der Niedriglohnbereich ist in den letzten Jahren dramatisch auf 7 Mio. angestiegen. Arbeitszeitverkürzung hat hingegen viele positive Effekte: Erstens werden durch Arbeitsumverteilung Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert. Zweitens bietet Arbeitszeitverkürzung Möglichkeiten, die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern aufzubrechen. Und drittens bietet sie Möglichkeiten zur Humanisierung der Arbeit. Allein die Tatsache, dass den Beschäftigten mehr Freizeit, also mehr selbstbestimmte Zeit zur Verfügung steht, erhöht die Lebensqualität immens. Im Streik um die 35-Stundenwoche hatten die IG-Metall-Frauen die Losung: „Mehr Zeit zum leben, lieben, lachen!“ Dieser Aspekt – Streiten für ein gutes Leben - gewinnt gerade vor dem Hintergrund extrem gesteigener Arbeitsbelastung an Bedeutung und könnte ein entscheidender Faktor bei der Mobilisierung der Beschäftigten sein.

Wir sollten den internationalen Frauentag 2010 nutzen, um eine neue Vision – hin zur 30-Stunden-woche – in Anknüpfung an frühere Traditionen – aufleben zu lassen und eine breite gewerkschaftsübergreifende und gesellschaftliche Kampagne zu initiieren.

Christa Hourani, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Aktionskonferenz des Bündnisses „Wir zahlen nicht für eure Krise“

Bei der Aktionskonferenz vom 13.-15. November 2009 in Stuttgart unter dem Motto »Kräfte bündeln – Perspektiven entwickeln« haben sich über 200 AktivistInnen der sozialen Bewegungen getroffen, eine Lageeinschätzung vorgenommen und Vereinbarungen verabredet.

Die Pläne der schwarz-gelben Koalition beinhalten einen zentralen Angriff auf das Gesundheitssystem. Dementsprechend sollen vermutlich auch alle anderen sozialen Sicherungssysteme sturmreif geschossen werden. Die Kommunen verarmen immer weiter, was durch die Steuerpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung noch verschärft wird. Dies soll auf dem Rücken des Personals und der Einwohner der Kommunen ausgetragen werden. Auf der betrieblichen Ebene stehen der Kampf gegen Entlassungen und der verstärkte Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen im Mittelpunkt.

Schwerpunkte in der inhaltlichen Arbeit bzw. Kampagnen in den folgenden Monaten sollen deshalb u. a. sein: Gesundheitsreform, kommunale Verarmung (mit allen Folgen), Kampf gegen Entlassungen, Arbeitslosigkeit und Rente mit 67, da hier nach Meinung der Aktionskonferenz die entscheidenden Vorhaben der neuen Bundesregierung liegen und Auseinandersetzungen zu erwarten sind. Auch sollen weitere **Debatten um Arbeitszeitverkürzung** angeregt werden.

Getroffenen Vereinbarungen sind u.a.

„Das Bündnis nimmt sich für die Auseinandersetzung mit der Politik der herrschenden Krisenbearbeitung folgende **Termine zur Mobilisierung** vor:

- **regionale / landesweite Demonstrationen am 20.3. in Stuttgart und NRW** (Essen) und evtl. in weiteren Städten (u.a. weil der EU-Ministerrat am 20.3. in Brüssel tagt, das bietet sich für internationale Verbindungen an)...
- **bundesweite Demonstrationen am 12. Juni** parallel in mehreren Städten. (voraussichtlich Berlin und weitere noch zu klärende Städte). Hierzu wird eine Zusammenarbeit und gemeinsame Mobilisierung mit den **Bildungsprotesten** angestrebt. Es wird Kontakt zu den bundesweiten Bildungstreik-Koordinatoren aufgenommen mit dem **Vorschlag einer gemeinsamer Demonstrationen am 12. Juni.**“

Weitere Infos und die vollständigen Vereinbarungen findet ihr unter:

www.kapitalismuskrise.org

Aus der Abschlusserklärung der 11. Konferenz der Gewerkschaftslinken Oktober 2009:

Arbeitszeitverkürzung ist die zentrale Antwort, um Überkapazitäten abzubauen und Erwerbslosigkeit einzuschränken. Damit kann sich das Kräfteverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital wieder zu unseren Gunsten verändern. Die Arbeitszeitverkürzung wird wirksam, wenn sie in großen Schritten erfolgt. Angesichts der Reallohnverluste der letzten Jahre ist ein voller Lohnausgleich notwendig. Um Arbeitsverdichtungen zu verhindern, braucht es Personalausgleich und die Kontrolle der Belegschaft über die Personalplanung. **Wochenarbeitszeitverkürzung bis hin zur 30-Stundenwoche** muss ein gesellschaftliches Projekt, eine gesellschaftliche Bewegung werden. Nur mit einem breiten gewerkschaftsübergreifenden Bündnis werden wir Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen können.

Eine andere Form der Arbeitszeitverkürzung ist auch die Abschaffung der **Rente mit 67** Jahren – hin zu einer Rente mit 60.

Arbeitszeitverkürzung ist ein Stück Lebensqualität.

Um die Diskussion und die gesellschaftliche Kampagne voran zu bringen, entstand die Idee, ein **Arbeitszeit-Bulletin** ins Leben zu rufen. Der Arbeitsausschuss der Gewerkschaftslinken wird diese Idee aufgreifen und umsetzen. **Interessierte, die in der Redaktion mitarbeiten wollen, können sich bei Hans Kroha melden.**

Weitere Infos über die Gewerkschaftslinken und ihre örtliche Foren gibt es im Labournet unter:

www.labournet.de/GewLinke

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen –
Christa Hourani – Christiaan Boissevain
Tel: 06182/782306
E-Mail: HKroha@t-online.de
Redaktionsschluss: 20. Januar 2010